sprüchen die Verbände wegen ihrer Staatspolitik die Interessen der Arbeiter preisgeben, und die Allgemeine Arbeiter-Union aufzeige, was hier das Interesse der Arbeiter erfordert. Der Mangel an Klassenbewußtsein der Arbeiter habe die Allgemeine Arbeiter-Union lediglich von den Massen isoliert, doch werde die Geschichte die Arbeiter eines besseren belehren. In seinem Schlußwort meinte der Vorsitzende, nach seiner Auffassung wird es Berufsorganisationen geben, solange es Berufe gibt, erst die Entwicklung könne das beseitigen, was wir aber nicht mehr erleben werden. Dann ging die Versammlung zu Betriebsrätewahlvorschlägen für die bald tagende Betriebsversammlung über. Nach Abdankung der alten Funktionäre wollte sich trotz Zuredens niemand für die Posten finden. Die alten Funktionäre stellten die Uneinigkeit der Kollegen fest, die sie zwinge, zurückzutreten. In der Tat hatten die alten Funktionäre auch recht, sie sahen aber lediglich die Wirkung, nicht die Ursache. Das Fehlen des Klassenbewußtseins kam ihnen anscheinend nicht zum Bewußtsein. Hier zeigte sich eben die Frucht der Verbandserziehung so deutlich, daß es aller Künste bedurfte, um die Geschichte wieder zusammenzuleimen. Ob dies auf die Dauer hält, ist zu bezweifeln.

Von den Kollegen Buchdruckern kamen dann noch fast unglaubliche Dinge an die Oberfläche. Diese sollten so etwas wie einen Beschluß gefaßt haben, der einmal die Anrede „Sie" fordert und Ohrfeigen und allerhand Intrigen im Arbeitsprozeß vorsieht. Auf die Betriebsversammlung kann man ja immerhin gespannt sein. Haben doch bis jetzt fast alle Betriebsversammlungen dieser Druckerei mit größtem Kitsch stattgefunden. Es fragt sich nun wirklich, wie lange die Gelernten und Angelernten sich mit der Weltgeschichte das Schauspiel einer disziplinierten und straff organisierten Kollegenschaft von sozudsoviel Verbänden mit Klimbim geben wollen oder ob sie endlich erkennen wollen, daß sie eine Klasse sind, die ausgebeutet wird und die als Klasse dann den Kampf aufnehmen muß gegen die Ausbeutung überhaupt und sich nicht länger als Berufsstuierte die Gemeinheiten gezensegitig an den Kopf zu werfen hat.

Magdeburg

Am Donnerstag, den 31. Januar 1929, fand hier eine öffentliche Erwerbslosenversammlung statt; Tagesordnung: Winterbeihilfe und die Sonderfürsorge. Der Besuch war in Anbetracht der Not der Erwerbslosen nicht so wie er sein müßte, das liegt aber an der Interessenlosigkeit der Arbeiterschaft. Der Referent, ein Mitglied des Reichsausschusses der Erwerbslosen, schilderte das Elend der Erwerbslosen, besonders hob er die Sonderfürsorge hervor, von der ein großer Teil der Erwerbslosen, und zwar die Saisonarbeiter, erfaßt werden. Er sagte, daß die Kommunisten im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden für die Erwerbslosen eingetreten wären, aber alle ihre Anträge wurden stets von den Bürgerlichen mit Hilfe der SPD. niedergestimmt. Er sagte der Versammlung noch allerhand, aber die eigentlichen Ursachen, die zu einem derartigen Anschwellen der Erwerbslosigkeit führte und somit die Not und das Elend der Erwerbslosen verkörperte, schilderte er den Versammelten nicht. Nach dem Referat wurde von der Versammlung eine Delegation gewählt, die beauftragt wurde, die Forderungen der Erwerbslosen der Stadtverordnetenversammlung vorzutragen, die zu derselben Zeit im Rathaus tagte. Die Versammlung tagte weiter. Die kommunistische Fraktion hatte einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, die Forderungen der Erwerbslosen auf die Tagesordnung zu setzen. Der stellvertretende Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung lehnte es ab, die Delegation anzuhören und es wurde ihr ferner mitgeteilt, daß sie das Rathaus sofort zu verlassen hätte.

An der Diskussion beteiligten sich KPD.-Mitglieder und auch zwei Genossen der AAU. Beide hoften nach, was der Referent vergessen hatte, nämlich, wer die eigentliche Schuld an der Not und dem Elend nicht nur der Erwerbslosen, sondern der gesamten Arbeiterklasse trägt. Sie zeigten an verschiedenen Beispielen, daß alle Parlamente sowie auch die freien Gewerkschaften, da sie Institute der kapitalistischen Gesellschaft sind, für die Arbeiterschaft nichts machen können, und deshalb für den Kampf der Arbeiterklasse zu ihrer Befreiung nicht in Frage kommen, daß der Kampf zur Befreiung der Arbeiterklasse nur Ihr eigenes Werk sein kann und muß. — In den vorherigen Versammlungen ist es unseren Diskussionsrednern nie gelungen, ohne Unterbrechung zu sprechen. In dieser Versammlung war es anders, ein Zeichen, daß ein Teil der Magdeburger Arbeiterschaft anfängt, sich zu besinnen.

Zur 9. Reichskonferenz

Als provisorische Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Wirtschaftliche und politische Lage.
2. Taktik und Aufgaben der AAUD. (Schlichtungsfaschismus, Wirtschaftsdemokratie, selbständige Verbände, Erwerbslosenanfrage.)
3. Programm der Union.
4. Berichte: a) des RAA., b) der Bezirke.
5. Internationale.
6. Organisatorisches (Presse, Vrnk, Jugend).

RAA.

Die Aussichten der Automobilindustrie

Die Frage, ob das Automobil in Deutschland Verkehrsmittel der breiten Masse werden kann, hat die Arbeiterschaft einst sehr stark bewegt. Die Frage ist jetzt im Bürgertum akut. Große Zeitungen ziehen führende Automobil-Industrielle, Führer von Kraftwagen-Organisationen und Straßenbau- und Verkehrstechnicute zu Rate und diskutieren sie im breitesten Rahmen. Man erhält hier aber weiter keine Einsicht, als die, daß der Gesichtskreis der Bourgeoisie äußerst beschränkt und ihre Gedankenwelt armselig ist. Vom Kern der Sache bleiben auch die größten Koryphäen der bürgerlichen Welt in respektabler Entfernung.

Nichtsdestoweniger hat die Frage für die deutsche Arbeiterschaft eine einmal wichtige Bedeutung. Nicht nur von jener Warte gesehen, ob es — wie in Amerika — größeren Massen deutscher Arbeiter einstmals gelingen wird, glücklicher Besitzer eines Automobils zu werden. Obwohl auch dies nicht bedeutungslos ist. Unabhängig von Zeit und Entfernung, von Fahrplan, von den wogenden Menschenmeeren, von allen oder doch von vielen Zufälligkeiten und Nebensächlichkeiten, welch überwältigender Gedanke! Doch, wie schon gesagt, der Konsumentenstandpunkt ist trotzdem der untergeordnetere. Von überragenderer Bedeutung ist der Produzentenstandpunkt.

Eine gesunde, große und gut beschäftigte Automobilindustrie wäre eine Antriebskraft für die gesamte Volkswirtschaft. Es darf hierbei nicht nur an die Hunderttausende oder, wenn wir uns das Auto in amerikanischer Bedeutung denken, an die Millionen der in der Automobilindustrie direkt beschäftigten Arbeiter gedacht werden. Die Automobil-Industrie ist sehr maßgeblicher Konsument von Eisen und Stahl, Werkzeugmaschinen und Werkzeugen, Gummi, Leder, Glas, Lacken und Farben, Holz usw. In erster Linie wird anschlagebend bedeutsam die Montanindustrie. Die Schlüsselindustrie jeder industrialisierten Volkswirtschaft, die Produzenten von Eisen und Kohle als den Rohstoffen des industriellen Produktionsprozesses und des Preisregulators aller Waren. Die Zahl der in den Hüttenwerken und Zubringe-Industrien beschäftigten Arbeiter dürfte sich als größer erweisen als die in der Autoindustrie direkt Beschäftigten, wenn man alle zum Autobau nötigen Materialien produktions- und konsumpolitisch durch alle Phasen verfolgen würde.

Man denke an den Veredlungsprozeß des Stahls, vom rohen Erz bis zum Motor, bis zur Karosserie. Ein halbes Dutzend Großindustrien mit Hunderttausenden von Arbeitern. Man denke sich ebenso den Entstehungsprozeß des Holzes über den Tischler- und Sägemühlen-Arbeiter, — eine lange Kette bis zum Transport-, Wald-, Forst- und Landwirtschaftsarbeiter und den Arbeitern der Baumschulen und Samenkulturen. Oder den Werdegang des Leders: Sattler, Zuschneider, Färber, Gerber, Schlächter, Tierzüchter und Viehtüterer usw. usw. Oder den Entstehungsprozeß von Gummi, Glas, Lack, Farbe und der mancherlei anderen Materialien. Die Kaufkraft dieser industriellen Heere und der am Autovertrieb Beteiligten — immer eine große Automobil-Industrie vorausgesetzt — ist eine ungemein belebende Welle für das ganze Wirtschaftsleben; starke Produktionsmittel- und Konsumindustrien mit Millionen beschäftigten Arbeitern wären die Folge. Nicht zu vergessen den Oelkonsum, die Verflüssigung von Kohle zu Benzin und Rohöl, in der Deutschland bahnbrechend ist. Eine große umfassende Oel- und Chemie-Industrie mit ihren hunderterlei Neben- und Abfallprodukten-Betrieben, die ihre Wurzel ebenfalls im Bergbau hat, wäre die weitere Folge.

Auch der deutsche Arbeiter hat also ein mehrfaches Interesse daran, daß der berühmte Fordsche Gedanke vom Arbeiterauto Wirklichkeit würde. Nicht nur die am Automobilbau direkt oder indirekt interessierten Arbeiter. Erst wenn es den anderen Arbeitern gut geht, kann es ihnen gut gehen. Und auch umgekehrt natürlich. Das Proletariat ist eine Klasse, deren jeder Glied vom anderen abhängig ist, deren Glieder unlöslich miteinander interessenverbunden sind, und die von gleichen „Schicksal" ihren Weg vorgezeichnet bekommen.

Als z. B. in den Vereinigten Staaten von Nordamerika im vorigen Jahre die Automobilindustrie aus Absatzmangel ihre Produktion erstmalig nennenswert einzuschränken verzwungen war, gingen sofort durch das ganze berühmte amerikanische „Wirtschaftswunder" bedenkliche Risse; prompt folgten alle die genannten Rohstoff- und Zubringe-Industrien. Ja, die Absatzstockung aus diesem Anlaß ließ sich nach einem Vierteljahr bis in die Möbel-, Schuh- und Kleiderindustrie, bis in die nebensächlichsten Konsumartikel-Industrien statistisch nachweisen. Die Arbeitslosenziffer sprang hunderttausendweise in die Höhe.

Das ist verständlich. Von den rund 28 Millionen Automobilen der Welt laufen in den Vereinigten Staaten fast 80 Prozent, in Deutschland nur 1,3 Prozent. In den Vereinigten Staaten entfällt auf fast jeden fünften Einwohner ein Auto, in Deutschland erst auf jeden 171.[1]) Hierbei ist aber noch zu berücksichtigen, daß in der Ziffer auch die Wagen der Omnibusse und Autovermietungsgesellschaften mit Lastkraftwagen enthalten sind. Von den 722 935 Automobilen 1927 waren zum Beispiel nur 267 774 Personenwagen. Immerhin war die Gesamtzahl um 26,6 Prozent größer als ein Jahr zuvor.

Zweifellos hat das Automobil in Deutschland noch eine Zukunft. Ohne Zweifel ist es, daß der Dieselmotor als weiterer Siegeszug durch die Welt auch in Deutschland noch so manches Pferd, noch so manche Dampfmaschine verdrängen wird. Aber amerikanische Produktion wird kaum das Auto in Deutschland nie erhalten. Dies muß als oberste Tatsache unserer weiteren Untersuchung vorausgeschickt werden.

Die bürgerlichen Wirtschaftler, die mit Hoffen und Harren schwanken und denen nur zu leicht der Wunsch zum Vater des Gedankens wird, sind nur zu leicht geneigt, die Frage zu bejahen. Nur einige „kleine" Voraussetzungen, eine Anzahl Wenn und Aber haben auch sie. Deutschland ist arm an Kapital. Es hat zu wenig Kapital. Die Kriegskontributionen sind zu groß. Die Straßen nicht zweckmäßig genug. Die Steuern hemmen Produktion und Konsum. Zubehörteile und Garagenmieten sind viel zu teuer. Deshalb: „Alle Kreise müssen sich noch für lange Zeit einschränken." Das ist der Pferdefuß!

Die „Einschränkung" der Unternehmer, der Großkaufleute, der hohen Beamten, der Agrarier kennen wir. Das Kapitalistische Produktionssystem, das die Profitmöglichkeit, das Reiche und Arme, Ausbeuter und Ausgebeutete zur Wirkung setzt, hat auch zwangsläufig die Wirkung, daß diese Kreise sich nie einschränken, solange sie die Macht in Händen haben. Der einzige Hebel zur Einschränkerei ist also nur ein Wink für die Arbeiter. Und, so argumentieren die „Wissenschaftler", wenn „wir" somit sie nicht tun, sondern die Arbeiter meinen — die Arbeiter, Darben, Hungern müssen, die alle Uebel überwunden haben, werden „wir" „amerikanisch", und dann, dann — ja, dann „wird es wenigstens im Mittelstand (!) möglich" sein; jeden sein Auto. Das ist ja das bewegende Prinzip der Gesellschaftsmoral der Patentchristen als Folge und Voraussetzung des Kapitalismus, daß man dem Esel, der da dreschen, das Maul verbinden müsse.

Der „Amerikanismus" mag ein Ideal für rückständige Profitmacher sein. Das Ziel der Arbeiterklasse ist er nicht. Hinter den Wolkenkratzern verbirgt sich nicht weniger Elend als in den Kellern, Asylen und sonstigen „Wohnungen" diesseits des Ozeans. Auch das berühmte „Arbeiterauto" ist in der Arbeiterschaft nicht so stark vertreten, wie es die deutschen „Amerikaner" diesseits des großen Teiches wahr haben möchten. Der Reichtum aber, der wirklich da ist, der auch schon vor dem Kriege da war, der oft recht respektable Löhne für hochqualifizierte Arbeiter gestattet, stammt nicht vom Arbeiten und Entbehren. Die starke Motorisierung der Vereinigten Staaten, ihre wirkliche technische wie überhaupt wirtschaftliche Ueberlegenheit, ihre Kohlen- und Erzschätze sind die Folgen der Raubzüge des Reichtums, Reichtum, wirtschaftliche Ueberlegenheit, Motorisierung, Arbeiterauto vielmehr sind die Folgen gleicher, anderer Ursachen, die sich wechselwirkend bedingten. Die Ursachen sind ökologischer und geographischer Natur.[2])

Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten braucht für den Unterhalt der eigenen Bevölkerung einen viel geringeren Anteil menschlicher und maschinelle Arbeitskraft aufzuwenden als die alte Welt. Ein viel größerer Teil dieser Arbeitskraft kann akkumuliert, aufgespeichert und als Konkurrenzkraft auf dem Weltmarkt gegen Europa in die Wagschale gewor- d werden. Beides hat höhere Löhne als Folge und Voraussetzung. In diesen Tatsachen ist die Ueberlegenheit der amerikanischen Wirtschaft zu suchen.

In den Vereinigten Staaten sind Kohle und Eisen viel glücklicher gelagert und in verhältnismäßig reichlicheren Vorkommen. Flüsse sind — wenn auch durch wahnsinnigen Raubbau stark geschwunden — in größeren Mengen vorhanden. Die Textilwirtschaft hat die Rohstoffe direkt vor der Tür. Die Lederwirtschaft hat die ungeheuren Prärien, wo sich Zehntausende von Rindern fast von selbst von der Natur erhalten lassen. Die Landwirtschaft hat einen fruchtbareren Boden und günstigere klimatische, oft fast tropische Bedingungen. Das sind Voraussetzungen ihrer frühzeitigen Industrialisierung. Alle Rohstoffe, deren die Wirtschaft bedarf, sind in großen Mengen im eigenen Lande. Zu ihrem Abbau braucht weniger Arbeitskraft aufgewendet zu werden. Zu all dem kommt, daß die Wirtschaft der Vereinigten Staaten jünger ist als die europäische und der Abbau der Rohstoffe noch nicht so weit fortgeschritten ist.

Die Industrie der Vereinigten Staaten staut sich oft auf verhältnismäßig kleinen Gebieten um die Rohstofflager zu riesigen zentralen Komplexen. Die Millionenmassen Beschäftigter können nicht an Ort und Stelle wohnen und haben einen weiteren Weg zur Arbeitsstätte. Das Auto wird zum ebenso notwendigen Bestandteil der Arbeit wie das Werkzeug. Der größere Antrieb aber für das Auto ist wohl die geringere Bevölkerungsdichtigkeit. Die Vereinigten Staaten folme den Anteil an der Wasserfläche der kanadischen Seen und das Territorium Hawaii-Sandwich-Inseln) sind 19 mal so groß als Deutschland (9½ Millionen Quadratkilometer gegen ⅝ Million), hat aber nur doppelt soviel Einwohner, Deutschland hat 210 000 und England 285 000 Kilometer Landstraße, die Vereinigten Staaten dagegen 4⅝ Millionen, oder rund 17 mal soviel als Deutschland. Dagegen haben die Vereinigten Staaten sehr viel weniger Eisenbahnen. In Deutschland entfallen auf 1000 qkm 122, in England 98 km Eisenbahnen, in den Vereinigten Staaten aber nur 51. So betrachtet, ist die Ueberlegenheit des amerikanischen Autos nicht mehr so groß. In Deutschland kommen nämlich auf einen Kilometer Landstraße rund 2, in England 3½, in den Vereinigten Staaten 4½ Kraftwagen.

Die ökonomischen Verhältnisse werden also auch in Zukunft Europa die Eisen- und Straßenbahn, für Amerika das Auto als Hauptverkehrsmittel bedingen. Europa, Deutschland kann nie durchsetzen „Arbeiten" und „Einschränkung" die amerikanischen geologischen und geographischen Verhältnisse, die Vereinigten Staaten bieten die Bevölkerungsdichtigkeit Deutschlands erreichen. Die großen Felsmassive, die riesigen Binnenseen und die endlich schwindenden Prärien unterbinden eine nennenswerte Bevölkerungszunahme. Wohl haben die Vereinigten Staaten ungeheure Flußniederungen von fast tropischer Fruchtbarkeit. Zur menschlichen Siedlung aber sind sie ungeeignet, da sie jährlich mehreren Ueberschwemmungen unterworfen sind. Dagegen sind sie für die Büffelherden der Latifundienbesitzer wie geschaffen. Auch die Prärien, die Millionen und Abermillionen Büffel ernährten, sind für den Anbau von Kulturpflanzen ungeeignet. Unerhörte Temperaturschwankungen von tropischer Hitze bis zu arktischer Kälte in kurzen Zeitfolgen und Regenmangel und Wolkenbrüche sind hier das Hindernis gegen das Vordringen der Bodenkultur.

Und wichtig ist ja wohl auch die Existenzfrage etwaiger Siedler. Der industrialisierte landwirtschaftliche Großbetrieb stürzt schon heute durch seine überlegene Konkurrenzkraft jährlich Hunderttausende von Farmern und treibt sie in die Industriebetriebe oder in die Arbeitslosenheere. Und trotzdem kommt die wirklich moderne und in jeder Beziehung auf der Höhe stehende amerikanische Großlandwirtschaft nicht aus ihrer Dauerkrise.

Schließlich geht auch in den Vereinigten Staaten die Motorisierung und der Automobilkonsum lange nicht mehr so schnell vorwärts, wie ehedem. Die Wagentypen werden größer und stabiler, das „Arbeiterauto" nimmt ab. In Deutschland hat der kleine Wagentyp bedeutend größere Vermehrung aufzuweisen als der schwerere. Die Wagen über 18 Steuerpferde haben in Deutschland von 1925—1927 sogar um ein Viertel abgenommen. Stark haben sich die kleinen Wagen vermehrt. Während die Gesamtzahl der Personenwagen sich von 1925—27 um die Hälfte vermehrte, haben die kleinen Wagen bis zu 6 Steuerpferden sich fast verdoppelt. Aerzte, Rechtsanwälte, Geschäftsleute, gehobene Mittelstände sind die Käufer. Arbeiter sind bestimmt nicht darunter.

Aber, und das ist wichtig zu beachten, auf der Steigerung der Automobilproduktion hat die deutsche Industrie nur zu einem kleinen Teile beigetragen. Die Mehrzahl ist von der amerikanischen Industrie geliefert worden. Die amerikanische Industrie schlägt die deutsche auf dem deutschen Markt, trotzdem sie — mehrfach höhere Löhne zahlt. Den Rückgang des Absatzes im eigenen Lande infolge Marktübersättigung macht die amerikanische Industrie wieder wett durch Steigerung der Ausfuhr. Ein schlechtes Zeichen für die deutsche Industrie, ein schlechtes Omen für die Motorisierung Deutschlands. Keine guten Aussichten für das Arbeiterauto.

Alle diese Gesichtspunkte und nicht die von den bürgerlichen Journalisten eingewendeten Argumente sind die Dreirze gegen die Motorisierung Deutschlands und der Damm gegen das Arbeiterauto. Alle seine eingewendeten Gründe fließen sich behelen, wäre Deutschland nicht geologisch und geographisch gegen Amerika, gegen seine Rechtsinstanzen im Hintertreffen.

Wenn von den Arbeitern also noch das Arbeiterauto im Kopfe spukt, wird sich dessen entwöhnen müssen. Dagegen wird sich die Arbeiterklasse Deutschlands mehr an Kampfformen gewöhnen müssen, wenn sie ihren Lebensstandard halten und verbessern will. Ein menschenwürdiges Leben aber, das für Liebhaber auch das Arbeiterauto einschließt, wird erst möglich sein, wenn das kapitalistische System abgebaut ist durch den Kommunismus.

Mitteilungen

FEBRUAR 1929.

Bezirk Rheinland.

Am Sonntag, den 10. März, findet in Düsseldorf im Lokal Sevens, Kiefernstr. 2, eine **Bezirkskonferenz** der AAU. statt. Alles nähere durch Rundschreiben. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein.

Groß-Leipzig.

Am Freitag, den 22. Februar, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung** im Saale des Bürgergarten, Windorfer Straße. Thema: Neue Steuern. — Ein neuer Schurkenstreich der SPD.

3. Bezirk (Böhlitz-Ehrenberg). Oeffentliche Versammlung am Freitag, den 15 Februar, abends 8 Uhr, in der Neuen Welt, Eisenbahnstraße. Thema: Betriebsräteschwindel.

Sonnabend, den 16. Februar: Hausgruppenpropaganda. Treffpunkt an bekannter Stelle. Alle Genossen müssen sich beteiligen.

4. Bezirk (Kleinzschocher): Oeffentliche Versammlung am Sonnabend, den 16. Februar, abends 8 Uhr, im Bürgergarten, Wiederer Straße. Thema: Betriebsräteschwindel.

Sonntag, den 17. Februar: Hauspropaganda. Treffen an bekannter Stelle.

5. Bezirk (Zentrum). Sämtliche Adressen von Sympathisierenden sind an die Ortsgruppenleitung zu senden.

Provinz Brandenburg

Fürstenwalde.

Oeffentliche Versammlung am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 10 Uhr, im Filmeck, Berliner Str.

Proletarier, erscheint in Massen! Freie Aussprache.

Küstrin. Ausgabe von „Kampfruf" und „KAZ." jeden Donnerstag abends 7—9 Uhr im Lokal G. Winter, Küstrin-Neustadt. Mitgliedsaufnahme ebendort.

Groß-Berlin. Der 5. Unterbezirk tagt regelmäßig Freitags abends 8 Uhr, Bromberger Str. 12, Lokal.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: F. Rother, Berlin O 112
Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Iezdonat, Berlin O 17.

[1]) Diese und die folgenden Stückzahlen entstammen dem Jahresbericht der deutschen Automobil-Industrie vom vorigen Jahre.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen) Für Erwerbslose 5 Pfennig

Jahrgang 10. Nr. 8 1929 — Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13 — Preis 15 Pfennig

Die Betriebsrätewahlen

Als vor 10 Jahren die Landsknechtlorden der Konterrevolution von Ludendorff bis Noske ihre „Ordnung" festigten stand ihnen noch eine revolutionäre Säule entgegen: — die revolutionären Räte. Wie ein Felsen im stürmischen Meer der Konterrevolution standen noch die Räte in den Betrieben, als letztes Bollwerk der Revolution. Dieses Bollwerk war nicht zu nehmen mit Infanterie, Artillerie und Kavallerie, auch nicht durch „Erschießen auf der Flucht", wie es damals so „demokratisch" üblich war. Die Bourgeoisie erwählte die SPD und die Gewerkschaften zu dieser Henkersarbeit gegen die Revolution, da sie am besten befähigt sind, ideologisch die Arbeiterklasse zu verraten und vor allem die scharfe Waffe, die revolutionären Räte, als Ausdruck der Revolution der Arbeiterklasse zu entreißen.

Ganz so einfach ging dieses jedoch nicht; denn die Arbeiter erkannten früh genug, daß die schwarzrotgoldene Konterrevolution beabsichtigte, die Räte der Revolution zu beseitigen, da sie der letzte Faktor des kämpfenden Proletariats waren. Spontan demonstrierte die Berliner Arbeiterschaft am 13. 1. 20 vor dem Rückstag, der gerade tagte, gegen die Beseitigung ihrer Räte. Die Sozialdemokraten im Bunde mit der besitzenden Klasse antworteten darauf mit Maschinengewehrfeuer. Ueber 50 erschossene Proletarier und viele Verwundete wälzten sich in ihrem Blute vor dem Hause, auf dem geschrieben steht: „Dem deutschen Volke".

Unter dem Ausnahmezustand und dem Knattern der Gewehre beschloß die besitzende Klasse und ihre sozialdemokratischen Bandengenossen, die revolutionären Räte zu erdrosseln. Die Sozialdemokraten lieferten daher die Phrasen, indem sie großspurig verkündeten, daß die Räte durch das angenommene Betriebsrätezesetz in der Verfassung gesetzlich „verankert" sind. In Wirklichkeit hatte man ihnen aber durch die „gesetzliche Verankerung" jede revolutionäre Kraft entzogen und sie zu Werkzeugen erniedrigt, die den Frieden zwischen Kapital und Arbeit zu hüten haben. Wir behaupten: damals so wie heute wär es der Bourgeoisie unmöglich, gegen den Willen der Arbeiterklasse gesetzliche Räte durchzusetzen. Wenn trotzdem vor 10 Jahren die ersten gesetzlichen Rätewahlen zustande kamen, so lag es allein an dem Willen der Proletarier. Die Massen waren damals gegen die gesetzlichen Räte, denn lag ihre Kraft brach und es fehlte die einflußreiche Partei, die den Mut und die Kraft aufbrachte, die Kräfte des revolutionären Proletariats gegen die Verschandelung der Räte zu erfassen und zu organisieren. Die damalige KPD war zu schwach dazu und die USPD. die Einfluß zwar besaß war die Partei der Halbheit ohne jeden revolutionären Grundsatz und nahm ihre eigenen Phrasen nicht ernst. Die gewerkschaftliche Konterrevolution hatte daher leichtes Spiel, ihre Wählen für gesetzliche Räte durchzusetzen, da die „Opposition" der USPD. sich als unfähig erwies, die Wahlen zu sabotieren und im Gegenteil noch für die Beteiligung eintrat. Die durch die Revolution verstandene AAU. mit ihren Betriebsorganisationen konnte keine Massenbewegung gegen die Wahlen auslösen, da sie organisatorisch noch zu schwach war.

Vor 10 Jahren verkündete mit lockenden Worten die Opposition der Gewerkschaften um Dänmig und Malzahn Müller gruppiert, daß sie sich wohl an den gesetzlichen Betriebsratswahlen beteiligen werden, aber in einer Art, daß den Unternehmern und der SPD Hören und sehen vergehen werde". Wir haben diese Phrasologie der „Opposition" stets bekämpft und nachgewiesen, daß die Mandatsinnehaber zur Festigung der Profitwirtschaft führt. Heute, nach dem 9 Jahre Erfahrung und Praxis der gesetzlichen Betriebsräte hinter uns liegt und wo das Proletariat zum 10. Mal zur Wahl schreiten will, müssen wir die Bilanz ziehen.

Die geschichtliche Erfahrung hat der AAU. recht gegeben und nicht deshalb, daß sie prophetisch war, sondern deswegen, weil ihr Programm den Notwendigkeiten des modernen Klassenkampfes Rechnung trug. Man kann nicht mit der alten Staatsmaschinerie und mit ihrem gesetzlichen Apparat revolutionäre Politik betreiben. Das Betriebsrätegesetz, das nur geschaffen wurde, um die revolutionäre Politik unmöglich zu machen und um sie reformistisch verstanden zu lassen, kann nicht umgeformt werden zum revolutionären Hebel. Wenn eine kapitalistische Institution Gesetze schafft, so nicht zu dem Zweck, daß sie als Werkzeug der Arbeiterklasse dienlich sind, sondern nur zu einem Zweck, die Klasseninteressen der Bourgeoisie zu wahren. Bei dem Betriebsrätegesetz trifft dieses besonders markant zu. Waren die einstigen Räte der Revolution nur der Wählerschaft aus den Betrieben verantwortlich, so sind die gesetzlichen Räte dem Gesetz Rechenschaft schuldig. Wurden die gesetzlichen Räte versuchen, nach revolutionären Grundsätzen zu handeln, kommen sie sofort mit dem Gesetz in Konflikt. Aus diesen Gründen vermeiden die gesetzlichen Räte jede Handlungsweise, die verleicht zu Differenzen mit dem Gesetz führen könnte. Die Praxis der Betriebsräte ist überreich an Beispielen, die beweisen, wie stets bei jeder bedeutenden Aktion und wo bei jedem Streik die Betriebsräte in den Hintergrund des Kampfes treten. Sie werden nie den Kampf propagieren oder gar erweitern, dieses überlassen sie anderen Arbeitern und ihre ganze Arbeit und Tätigkeit erschöpft sich im **Vermitteln und Schlichten.** Jeder Arbeiter kann im Betrieb die Beobachtung machen, daß die Betriebsräte, auch wenn sie noch so unerfahren oder ungeschult sind, sich alle bewußt werden, daß sie nur innerhalb des gesetzlichen Rahmens ihre Handlungen beziehen dürfen. Das hat schon jeder Arbeiter im Betrieb erlebt und jeder dürfte Betriebsrat, dem noch nicht die proletarische Moral flöten ist, wird bestätigen, daß er an Händen und Füßen durch das Gesetz gebunden ist. Seine Aufgabe besteht eben darin, „den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren", wie es so schön im Gesetz heißt und nicht darin das Proletariat zum Kampf zu führen. Er ist ein Pendel zwischen Kapital und Arbeit, aber nicht der Hammer des Proletariats. Ueber Einstellung und Entlassung entscheidet ebenfalls nicht der gesetzliche Betriebsrat, sondern nur der Kapitalist und im günstigsten Falle kann der Betriebsrat bei dem Arbeitsgericht Beschwerde einreichen, was jedoch bei Maßregelungen wegen Streiks und politischen Differenzen ohne jeden Erfolg ist. Die Praxis der Betriebsräte zeigt uns weiter, daß sie sich bei entscheidenden Fragen stets von der Masse schieben lassen und kein Beispiel im Kampfe sind. Sie sind bei Streiks nur Laufburschen zwischen Kapital und Arbeit und nicht das Schwert des Proletariats, sondern ein Puffer zwischen den Klassen. Wir können daher heute nach 9 Jahren gesetzlicher Betriebsrätepraxis feststellen, daß die Bourgeoisie mittels ihrer sozialdemokratischen Knechte es meisterhaft verstanden hat, der Arbeiterklasse die scharfe Waffe der Räte der Revolution aus der Hand zu reißen und ihr dafür die gesetzlichen Räte zu bescheren, die ein Schwert aus Pappe sind. Die geschäftigen Gewerkschaftler schwätzen allerdings noch heute ihren Beitragszähler auf, daß das Betriebsrätegesetz bei der „richtigen" Handhabung der Arbeiterklasse viele „Vorteile" biete und schieben die grundsätzliche Frage auf das persönliche Gebiet der guten oder schlechten Ausnutzung des Gesetzes. Diese Demagogie ist nicht schwer zu widerlegen, da wir als Marxisten zu gut wissen, daß auch für den gesetzlichen Betriebsrat das gesellschaftliche Sein stärker ist als sein einstiger Grundsatz und daß ihn seine gesetzliche Funktion im Banne hält. Es ist daher nicht entscheidend, ob der proletarische Betriebsrat gut oder schlecht, gerissen oder naiv, geschult oder ungeschult ist, sondern entscheidend für seine Handlungsweise ist der gesetzliche Rahmen, in dem er steht und der ihn bindet.

Auch die KPD. schwätzt den Arbeitern die alte SPD.-Weisheit vor, daß alles an der Person des Betriebsrates liegt. Bis zum Jahre 1924 stellte die KPD. eigene Kandidaten zu den Betriebsrätewahlen auf und versuchte dadurch die Interessen der KPD. besser in den Betrieben vertreten zu können. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbesitzer untersagten dieses 1925 und schön fügte sich die KPD. dem Diktat der Bonzen und stellte keine Parteilisten mehr zur Wahl. Die Gewerkschaftsäuptlinge drohten jeden KPD.-Mann mit dem Ausschluß, der sich auf eine KPD.-Liste aufstellen läßt. Der Erfolg davon war, daß wieder einmal die Zellentaktik der KPD.

„Neutrale" Schlichtungsdiktatur

Es wird gemeldet:

„Die Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmerverbänden und dem Arbeitgeberverband der deutschen **Textilindustrie** über die **Errichtung eines neutralen Schiedsgerichts** haben zu einer Einigung geführt. Das neutrale Schiedsgericht wird nunmehr aus drei Personen bestehen, je einem Beisitzer der beiden Parteien unter Vorsitz einer vom Reichsarbeitsministerium benannten Persönlichkeit. Die verhandelnden Kommissionen der beiden Parteien bestehen aus je fünf Mitgliedern. Das Schiedsgericht hat die Aufgabe, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen, und, sofern die Einigung mißlingt, einen Schiedsspruch zu fällen. Dieser Schiedsspruch gilt als verbindlich, sofern er einstimmig gefällt wurde. Kam er nur mit Mehrheit zustande, so haben sich die Parteien **innerhalb von 24 Stunden** über Annahme oder Ablehnung zu äußern. Wird der Schiedsspruch von einer oder von beiden Parteien abgelehnt, oder kommt überhaupt kein Schiedsspruch zustande, so entscheidet der Reichsarbeitsminister in kürzester Frist endgültig."

•

Die oben gemeldete Verständigung zwischen Textilkönigen und Gewerkschaftsinstanzen ist von allgemeiner Bedeutung. Die Schaffung eines besonderen Schiedsgerichts ist die erste Folge jenes Bankrotts, den die bisherige Schlichtungspraxis im Ruhrkampf erlitten hat. Das Reichsarbeitsgericht hat bekanntlich noch nachträglich den von Wissell verbindlich gemachten Eisenschiedsspruch vom 27. 10. v. J. für nichtig erklärt und damit den Stahlkönigen die Berechtigung ihrer Aussperrungsoffensive bescheinigt. Diese arbeitsgerichtliche Entscheidung letzter Instanz ist nur eine juristische Bestätigung dafür, daß das staatliche Schlichtungswesen durch die rasche monopolistische Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre in einen krisenhaften Zustand geraten ist. Die im Oktober 1923 geschaffene Form der Schlichtungspolitik genügt nicht mehr als Rahmen in einer Zeit, wo sich die kapitalistische Wirtschaft durch die Pferdekur der Rationalisierung vom Fieber der Inflation erholt hat. Der Ruhrkampf war ein schrilles Alarmsignal, daß eine neue Form für das Schlichtungswesen notwendig ist, wenn die Autorität der Schiedsspruchguillotine erhalten bleiben soll.

Dieses Gebot der Stunde haben die Textilbarone und die Gewerkschaftsbeamten ohne Zweifel erkannt, als sie sich vor etlichen Tagen prinzipiell über die Errichtung eines neuen Schlichtungsapparates einigten. Daß die Verständigung so schnell zustande kam, ist vor allem dem Zwang der gegenwärtigen Situation zuzuschreiben. Denn in allen Textilbezirken gärt es und der Kampf in Sachsen-Thüringen droht sich auf die ganze Industrie auszudehnen. In ihrer grenzenlosen Verantwortung gegenüber der Sicherung des Wirtschaftsfriedens haben die Textilgewerkschaftsführer sofort die Gelegenheit beim Schopfe genommen und den Unternehmern Vorschläge zur Schaffung eines besonderen Schiedsgerichts unterbreitet. Und — so berichtet triumphierend der „Vorwärts" — der Gewerkschaftsvorschlag ist in seinen wesentlichen Teilen angenommen worden. Die Textilkönige haben der Einschaltung des staatlichen Schlichtungsapparates in das „neutrale" Schiedsgerichtsverfahren zugestimmt, — weil sie eben nicht so borniert sind, die organisatorische Form des Schlichtungsfaschismus über seinen politischen Inhalt zu stellen. Diese taktische Klughe

Bezirkskonferenz Mitteldeutschland

Auf der Bezirkskonferenz waren vertreten Leipzig, Halle, Weißenfels, Klostermannsfeld mit Delegierten, Chemnitz, Pleißa, Ruhla als Gäste und der RAA. Leipzig hatte die absolute Mehrheit. Die Thesen des RAA. als Grundlage einer wirklichen marxistischen Taktik waren heftig umstritten, den Nöten der Arbeiter in konkreten Forderungen Ausdruck zu geben wurde im Sinne des Lassalleschen ehernen Lohngesetzes von zwei Vertretern der mehr oder weniger starren Taktik abgelehnt, von den Verfechtern der beweglichen Taktik aber als Voraussetzung des revolutionären Kampfes an den wachsenden Erfolgen der Ortsgruppe Leipzig aufgezeigt. Die Losung der Wiedereinreihung in den Produktionsprozeß wurde dabei ausdrücklich als unzulässig erklärt. Von einem Delegierten, der sich grundsätzlich auf den Boden beweglicher Taktik stellte, wurden die Thesen wegen ungenügender Analyse der Gegensätze von Lohnarbeit und Kapital abgelehnt, so daß sie Annahme nur durch die Leipziger Mehrheit fanden. Einstimmig wurde dann eine Resolution gegen die unverantwortliche Haltung der KAZ. zum neuen Fall Schwarz angenommen. Die Konferenz hat erwiesen, daß in Mitteldeutschland die revolutionäre Avantgarde unerschütterlich ihren Vormarsch fortsetzen wird.

Halle

Die Ortsgruppe Halle der AAU. stimmt dem Thesen-Entwurf des RAA. zu (siehe Kampfruf Nr. 1, 1929, „Die Taktik der Union"), bis auf den letzten Absatz des 6. Punktes (Anderseits ist sich . . .), welcher nicht klar genug ist über das Verhalten der Aktionsausschüsse bei Wiederaufnahme der Arbeit bei Aussichtslosigkeit des Kampfes.

Die Ortsgruppe Halle der AAU. schlägt daher folgende Ergänzung vor:

„Bei Aussichtslosigkeit eines Kampfes steht keinem Aktionsausschuß das Recht zu, die Arbeiter schriftlich an das Kapital zu binden. Die Betriebs-, Orts-, Bezirks- oder Reichsaktionsausschüsse können wohl mündliche Vereinbarungen tätigen, aber nur auf eine unbestimmte Zeit, um so das Proletariat immer auf revolutionärer Grundlage zu halten, damit bei irgendwelchen Anlässen im Betrieb das Proletariat zu neuen Gegenstößen ausholen kann."

München

Die hiesige Ortsgruppe der AAU. akzeptiert die taktischen Richtlinien des RAA., wie sie in den Abschnitten 1 bis 6 zum Ausdruck kommen, da sie den tatsächlichen Verhältnissen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht entsprechen. Die Ortsgruppe erwartet auch von der Reichskonferenz, daß sie von diesen Gesichtspunkten aus unsere weitere Arbeit festlegt.

Mit den sympathisierenden Gruppen des Auslandes ist, soweit noch nicht geschehen, eine Arbeitsgemeinschaft anzustreben, um dadurch einen Gegenpol zur 2. und 3. Internationale zu schaffen.

Die Textilwirtschaft

Ihre Krise und ihr Kampf.

Wir haben schon aus der Lage der internationalen Textilwirtschaft das Fazit gezogen. Der Vorstoß der deutschen Textilbarone macht es aber erforderlich, nochmals ein Blitzlicht auf die deutsche Textilindustrie zu werfen.

In der Textilindustrie liegen — durch Aussperrung — bereits rund 200 000 Arbeiter auf der Straße resp. ist ihnen gekündigt. An der Ausdehnung der Industrie gemessen, hat der Konflikt bereits den noch nicht beendigten der Eisenindustrie übertroffen.

Eine von den Gewerkschaften veranstaltete Pressekonferenz ergab im einzelnen folgendes Bild: In den meisten Konfliktsgebieten sind die Kündigungen der Tarifverträge durch Unternehmerseite erfolgt, im wesentlichen mit der Begründung, man müsse ein- bis zweijährige Verträge haben, die eine feste Kalkulationsbasis für die Industrie sicherten und bei ansteigender Konjunktur von den Arbeitern nicht angetastet würden. Nur in wenigen Fällen, wie zum Beispiel in der Lausitz, führten geringfügige Forderungen der Arbeiter zum Streit. In letzterem Fall sei ein Schiedsspruch gefällt worden, der nur für gewisse Jugendliche kleine Lohnerhöhungen brachte, die **für das ganze Gebiet eine Lohnerhöhung von zusammen 50 Mk. in der Woche** zur Folge gehabt hätte. Trotzdem ist jetzt die Aussperrung erfolgt.

Ehrlicher kann man nicht sein. Die Unternehmer der ganzen Lausitz sind durch den Lohnschacher der Gewerkschaften und diverse Streiktechtelmechtel zusammen mit 50 Mk. reichlich bedacht. Und diesen Tarifvertrag nennen damals die Gewerkschaften als großen Erfolg in die Welt. Und was noch sonderbarer ist, es gab Arbeiter, die Zehntausende, die das glaubten. Sie sind jetzt von „ihren" „Tarifkontrahenten" für ihren Aberglauben aufs Pflaster gesetzt.

Von den ca. 8500 Arbeitern der Baumer Artikelfabrikation ist eine Lohnherabsetzung um 8½ Prozent verlangt worden. Bei Nichtanerkennung wurde mit der Aussperrung gedroht.

Bekanntlich sind außerdem bereits 35 000 Arbeiter des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien ausgesperrt, denen bald Arbeitslosigkeit in den zugehörigen Ausrüstungsbetrieben mit ca. 8000 Arbeitern folgen dürfte. Insgesamt müssen heute also schon 65 000 Arbeiter feiern. Sonst sind noch am Konflikt beteiligt, aber bisher bei der Arbeit, die Spinnerei- und Webereiarbeiter in Apolda, Bleicherode, Bremen (Unte), Duisburg, Fulda, Göttingen, Gütersloh, Hamburg, Hannover, Hersfeld, Kassel, Kempen, Krefeld (Seide), Mühlhausen, Neumünster, Nordhausen und Nordost, immer nach der Ansicht der Gewerkschaftsvertreter auf der genannten Pressekonferenz.

Die allgemeine Lage in der Textilindustrie rechtfertigt das Verhalten der Industriellen nicht. Die Zahl der Arbeiter, die 1912 947 000 betrug, ist um rund 336 000 auf 1,21 Millionen im Jahre 1923 gestiegen, worunter sich 690 000 Frauen mit um ein Drittel niedrigeren Löhnen befinden. Trotzdem bewegte sich die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten „nur" zwischen 8 und 9 Prozent, während der Anteil der Kurzarbeiter zuletzt allerdings 24 Prozent erreichte. Der Export der Textilien aus Deutschland ist in den letzten Jahren ständig gewachsen und betrug 1928 1610 Millionen Mark gegen 188 im Vorjahre; dagegen hat der Import sich im ganzen verringert, nämlich von 1174 auf 1018 Millionen Mark. Im Geschäftsjahr 1927/28 erzielten 513 Aktiengesellschaften der Branche durchschnittlich einen Rohgewinn von 18,4 Prozent und einen Reingewinn von 11,2 Prozent. Nach Riesenabschreibungen und Rückstellungen für Neubauten, Rationalisierung usw. Von einer schlechten Gesamtlage könne man angesichts zahlreicher Zusammenbrüche nicht sprechen.

Daß jetzt in Schlesien die öffentliche Hilfe für voll arbeitende Textilarbeiter in Anspruch genommen werden muß, sei für die Verbände deprimierend, wenn man bedenkt, daß nicht nur dort niedrige Löhne gezahlt werden, sondern daß beispielsweise im Bezirk Reichenbach der **Nettozeitlohn wöchentlich 23,17 Mk. für männliche und 15,35 Mk. für weibliche Arbeiter** beträgt, bei einer Arbeitszeit von 51 Stunden, während der **Akkordrichtsatz** daselbst zwischen 27 und 28 Mk. schwankt.

Treffender könnten auch wir nicht die Gewerkschaftspolitik kennzeichnen. Die Unternehmer Riesenprofite, die Arbeiter **bei 51stündiger Arbeitszeit — Armenunterstützung, da ihr — von den Gewerkschaften „erkämpfter" Lohn niedriger ist als** die Arbeitslosenunterstützung. Das bezieht sich auf die Vergangenheit, während der beispiellosen Hochkonjunktur des deutschen Kapitals, bei der das Textilkapital goldene Ernten einheimste. Was den Proletariern bei der kommenden Depression bevorsteht, davon geben ihnen die Unternehmer jetzt einen kleinen Vorgeschmack.

Die in der Textilwirtschaft einsetzende Krise ist nur zu deutlich als eine Folge der Produktionssteigerung durch die Rationalisierung ersichtlich. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit setzte im Jahre 1928 ein. Aber gerade im Jahre 1928, Allein gegen das Vorjahr (das noch flotte Beschäftigung aufwies) ist die Ausfuhr um 122 Millionen Mark gestiegen und die Einfuhr um 156 Millionen gesunken. Die hier ausgewiesene Mehrproduktion von 278 Millionen Mark ist geleistet worden bei einer herabgesetzten Belegschaftsziffer und bei stark vermehrter Kurzarbeit.

Die Mehrproduktion ist in Wirklichkeit sehr viel größer, denn der Inlandsabsatz hat sich im abgelaufenen Jahre zweifellos nicht unbedeutend gehoben. Zu alledem ist bei der steigenden Berennung des Weltmarktes eine Preissenkung für fertige Textilwaren eingetreten. Die erhöhten, selbst von den Gewerkschaften zugegebenen Profite zeugen davon, daß die Arbeiterschaft an der Mehrproduktion keinen Vorteil hatte.

Die günstige Konjunktur des Textilkapitals ist nicht zum wenigsten auf die zerfahrene Lage in der englischen Textilindustrie zurückzuführen. In England setzt aber, wie wir schon mitgeteilt haben, die Konzentration und als deren Folge die Rationalisierung ein. England wird seinen Verlust am Weltmarkt sehr bald wieder eingeholt haben und darüber hinaus Boden am Weltmarkt gewinnen. Die Kosten werden mehr als bisher die Arbeiter tragen. Die deutschen Textilbarone haben die Aktion schon eingeleitet. Die Arbeiterschaft mag ihre Vorbereitungen treffen.

Aus der Bewegung

Groß-Berlin

Vom Nachweis Kottbuser Tor.

Es ist keine Seltenheit mehr, daß die Fabrikanten in der frechsten Art und Weise die Massenerwerbslosigkeit ausnützen. Besonders trifft dies in der Metallbranche zu. Jeden Morgen warten Hunderte auf Arbeit. Um 9 Uhr und 11 Uhr werden die Freistellen bekannt gemacht, aber nur wenige. Die Eingeweihten bemühen sich schon gar nicht mehr, weil es fast immer dieselben Bruchfirmen sind. Zu diesen Firmen gehört auch die Metallwarenfirma Schuch & Co., Dresdener Straße 40. In der vergangenen Woche brauchte Schuch & Co. wieder Arbeiter. Keiner meldet sich. Kurzerhand werden 4 Karten eingezogen. Die Kollegen müssen hin. Auf Initiative eines Arbeiters wird sofort eine Vereinbarung getroffen gegen die Akkordarbeit. Ein Stundenlohn von 1,10 Mark wird festgesetzt, da der bisherige Akkordlohn durchschnittlich 0,90—0,70 Mark betrug.

Am Freitag, den 15. Februar brauchte die Firma wieder Arbeiter. Da sie weiß, daß es immer einige Schwierigkeiten kostet, sendet sie ihr Zugpferd, Betriebsrat Hermst, zum Nachweis. Er hat ja dort Freunde aus seiner Partei bei der Vermittlung. Die helfen gerne etwas nach, wenn die Proleten nicht wollen. Zumal den Aufsichtsbeamten auf Grund einer Verordnung aus dem Jahre 1925 polizeiliche Befugnisse eingeräumt sind. Dem Arbeiter Hormann wurde prompt wieder die Karte abgenommen. Als dieser Fall bekannt wurde, unringten die Arbeitslosen diesen sauberen Betriebsrat. Sie machten ihn deutlich aufmerksam auf seine Lakaienrolle und Bütteldienste. Herr Hermst meint aber, das gehöre doch zur Arbeit, er könne keinen Auftrag verweigern.

Kollegen, ist dieses Auftreten des Betriebsrats Naivität oder bewußter Zutreiberdienst? Letzteres ist der Fall. Seht ihr nicht eine Linie von Severing-Wissel bis Hermst? Wirtschaftsdemokratie heißt diese Linie, die große Parole der freien Gewerkschaften. Die Wirklichkeit zwingt auch: ihr müßt euch organisieren als ganze Klasse, nicht in Berufsverbänden.

Magdeburg

Unpolitische Erwerbslosenkonferenz?

Am Donnerstag, den 14. Februar fand hier eine Erwerbslosenversammlung statt. Thema: 1. Bericht von der letzten Verhandlung mit dem Magistrat. 2. Wahl von Delegierten zur Bezirkskonferenz. Der Berichterstatter teilte der Versammlung mit, daß man der Delegation sagen ließ, sie sollten sich „das Rathaus von draußen ansehen", deshalb sei es notwendig, daß die Erwerbslosen sich mehr hinter den von ihnen gewählten Erwerbslosenausschuß stellen, um ihre materiellen Forderungen zum Durchbruch zu bringen. Er führte aus, daß der Erwerbslosenausschuß mit einer politischen Organisation etwas zu tun hätte, sondern nur die Interessen der Erwerbslosen vertreten will. In der Diskussion sprachen auch 2 Genossen der AAU. und zeigten den versammelten Proleten die Ursache der Erwerbslosigkeit vom Standpunkt der Allgemeinen Arbeiter-Union und der KAPD., und vom Standpunkt der Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien auf. Während man den ersten Unionsgenossen in der Diskussion unterbrach mit der Bemerkung, daß man von Politik nichts wissen wolle, konnte der zweite Unionsgenosse seine Ausführungen mit dauernder Zustimmung beendigen. Somit wurden 4 erwerbslose Unionsgenossen als Delegierte zu der am Sonntag, den 17. Februar stattfindenden Bezirkserwerbslosenkonferenz Sachsen-Anhalt gewählt.

Diese unpolitische Erwerbslosenkonferenz tagte 5 Stunden, davon nahmen die KPD.-Bonzen 3 Stunden für sich in Anspruch, um zu zeigen, welchen „heroischen Kampf" die KPD. in den Parlamenten für die Aermsten der Armen führt. Der Reichstagsabgeordnete Evert leierte nochmals die letzte parlamentarische Aktion, wo ein Erwerbsloser von der Tribüne des Reichstags gesprochen hat, herunter.

Also, Erwerbslose Magdeburgs, hier zeigt es sich, daß der Erwerbslosenausschuß kein unpolitisches Gebilde ist, sondern man will die Erwerbslosen benutzen, um den festgefahrenen Parteikarren wieder im Gang zu bringen. In der Diskussion hörte man nur alte KPD.-Phrasen, Eroberung der Gewerkschaften usw. Sämtliche Unionsgenossen reichten Wortmeldungen ein, die beantwortet wurden mit Schluß der Debatte, allenfalls sollte noch ein sozialdemokratischer Erwerbsloser sprechen (es war wohl bloß einer anwesend). Auf unseren Protest hin gestattete man doch, von den 4 Unionsgenossen einen sprechen zu lassen. Unser Genosse lehnte es natürlich ab, sich unter die Führung der Kommunistischen Partei zu stellen und zeigte der Konferenz, daß gut besoldete KPD.-Bonzen ebenso wenig mitfühlen und denken können wie die SPD.-Bonzen. Wenn die Erwerbslosen weiter in den Gewerkschaften verbleiben, kann nie die Frage gelöst werden, wer wirklich im Auftrage der Erwerbslosen spricht. Graßmann vom ADGB. oder irgend ein Reichstagsabgeordneter der KPD. Darum sei es notwendig, den allerschärfsten Kampf gegen die Gewerkschaften und alle parlamentarischen Parteien zu führen. Die Lösung heißt also: nicht gesetzlich anerkannte Erwerbslosenausschüsse, sondern wählt Aktionsausschüsse. Nur eine derartige Bewegung mit dem Ziele Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung wird imstande sein, das Erwerbslosenproblem zu lösen und vorübergehend etwas zu erringen. Es wird die Aufgabe aller erwerbslosen Unionsgenossen sein, in den kommenden Erwerbslosenversammlungen das Intriguenspiel der KPD. im Keiche zu entlarven.

München

Hier fand am 7. Februar eine famose Erwerbslosenversammlung der KPD. statt, um Bericht zu erstatten von ihrer großen Aktion im Bayerischen Landtag. Als Referent sprach der Landtagsabgeordnete Büchs über seine Tätigkeit im Bayerischen Landtag. Er erklärte seine revolutionäre Tätigkeit in der parlamentarischen Quatschbude und versuchte, die erwerbslosen Proleten in den Traumzustand der Illusionen der geheiligten Parlaments zu versetzen. Die Erwerbslosen waren sämtlich begeistert, daß sie einen so großen Mann wie Büchs in diesem Hause haben, der auf Kommando von Moskau die nötige Stimmung schaffen soll für die kommende Stadtratswahl. Denn das ist letzten Ende die Uebung und Methode, warum die Kommunistische Partei die Erwerbslosen-Ausschüsse aufzieht: nicht die Erwerbslosen zu revolutionieren, sondern um die KPD. zu stärken in ihrem opportunistischen Kurs. Die Erwerbslosen durchschauen leider nicht, was für ein gemeines Spiel mit ihnen getrieben wird. Büchs versuchte in großen Zügen die Ursache der Erwerbslosigkeit aufzuzeigen und schlängelte sich dabei wie die Katz um den heißen Brei. Denn er war nicht imstande, den Erwerbslosen den Ausweg zu zeigen, daß man durch Parlamentarismus nichts erreichen kann. Er versuchte die Masse an das parlamentarische Lügengebäude zu fesseln, in dem „große Männer" die Geschichte machen.

In der Diskussion meldete sich als erster ein sympathisierender Genosse der AAU. Der Versammlungsleiter Stroh versuchte genau wie am 17. Januar eine Pogromhetze zu entfesseln, indem er diesen Genossen ebenfalls als Wirkkopf bezeichnete. Es kam zur Abstimmung über diesen Genossen. ¾ der Anwesenden waren dafür, daß er spricht. Der Genosse zerpflückte auf Strich und Faden die Ausführungen des Abgeordneten Büchs und zeigte die Klassenfront der Union auf. Darauf meldete sich ein KAP.-Genosse. Als derselbe zu Wort kommen sollte, wurde ihm das auf gemeinste Art und Weise verhindert, indem ein Antrag einlief zur Geschäftsordnung, daß der KAP.-Genosse ein „Polizeispitzel" wäre. Darauf erging Schulan das Wort auf eigene Faust, da sie es ihm nicht geben wollten, und wollte den KAP.-Genossen verteidigen. Weil der Genosse Schulan sich das Wort allein nahm, wollte ihm der Versammlungsleiter Stroh auf Grund des bürgerlichen Vereinsgesetzes den Saal verweisen. Sofort erschien eine Kompagnie roter Blechpolizisten und wollten den Gen. Schulan hinausschaffen. Schulan und der KAP.-Genosse weigerten sich und die roten Blechpolizisten mußten abziehen unter dem Gelächter ihrer eigenen Genossen.

Den Arbeitslosen Münchens aber rufen wir zu: Laßt Euch nicht durch die KPD.-Verleumder verwirren! Schart Euch an die Klassenorganisation der AAU., schafft mit uns einen Gegenpol wider die Verleumderoffensive der KPD., um unter Führung revolutionärer Aktionsausschüsse den Massenkampf für den Sturz des verrückten Kapitalismus aufnehmen zu können.

Fürstenwalde

Am Sonntag, den 17., fand hier eine von der AAU. einberufene „Oeffentliche Versammlung" statt. Da rege Propaganda gemacht wurde, konnte, selbst wenn man die Kälte als Entschuldigungsgrund gelten läßt, der Besuch nicht befriedigen. Er war, an Fürstenwalder Verhältnissen gemessen, schlecht. Diejenigen, die auf dem Nachweis und auch sonst bei jeder Gelegenheit sich als die „Einzigen Revolutionäre" hinstellen, KPD. und RFB., fehlten fast ganz. Sicher ein Zeichen, daß die Selbstbewußtseinsentwicklung dieser Proleten sie daran verhindert, mit Klassengenossen Wege und Ziele des Klassenkampfes zu diskutieren. Oder sollte man sich fürchten, Gegenargumenten nicht gewappnet zu sein! Fast sieht es so aus!

Der Referent zeigte in klarer Weise den Anwesenden, warum sich die heutigen Zustände entwickeln konnten. Er deckte den grandiosen Verrat der Gewerkschaften und ihrer Zutreiber auf, zeigte, was das hysterische Geschrei der KPD. „hinein in diese Organisation" auf sich hat. Widerspruch wurde nicht laut. In persönlichen Diskussionen kam man später dann noch näher. Einige Sympathisierende erklärten, daß sie von man an mitarbeiten würden.

Eine am Mittwoch vor Woche vom Erwerbslosenausschuß einberufene Versammlung brachte den ganzen Unsinn der sich fordernden Anerkennung der Erwerbslosenräte usw. grell ans Tageslicht. Damit sich die Erregung der Erwerbslosen abwirken konnte, machte man eine Demonstration. „Rund um Rathaus" und zu einigen Bonzen. Was dabei herauskam, war Fürstenwalder Arbeiter, das habt Ihr ja erlebt. Trotz Führung durch die KPD. und Erwerbslosenrat stand die Frage offen — was nun? — ist das alles? So wird es Euch noch sehr oft ergehen, wenn Ihr auf Postenläufer und Parlamentsanwärter Eure Hoffnung setzt.

Wir sagen Euch: „Helft Euch selbst, schließt Euch an dem Nachweis und im Betrieb zusammen zur Klassenfront!" Nehmt Eure Geschicke selbst in die Hand, das heißt, zieht nicht mehr ums Rathaus, sondern vor die Betriebe. Fordert Eure Klassengenossen, daß sie dort noch schaffen, auf, sich mit Euch solidarisch zu erklären. Wenn's nicht anders geht, dann durch Stillegung der Betriebe und zwingt so die Herrschenden. Euch nicht mehr nur als Kirchhofsanwärter zu behandeln. Die Genossen der Union wissen den Euch jederzeit Rede und Antwort auf alle Fragen des Klassenkampfes geben. Sie kneifen nicht, wie gewisse Revolutionäre.

Mitteilungen

Reich

Achtung Reichsumlage!

Zur Deckung der Reichskonferenz-Unkosten wird hiermit für die 10. und 11. Woche ein Extrabeitrag von je 1 Mark ausgeschrieben. RAA.

An die Ortsgruppen.

Der RAA. ersucht um baldige Zusendung aller Fragebogen betreffs Mitgliederzahl.

A) Gesamtmitgliederzahl.
B) Wieviel in Arbeit.
C) Wieviel erwerbslos und krank.

Ferner ersuchen wir, daß bis zur Reichskonferenz sämtliche Umlagen und Beiträge abgerechnet sind.

Provinz Brandenburg

Fürstenwalde.

Ausgabe von Zeitungen, sowie Mitgliederaufnahme jeden Freitag, abends von 7—8 Uhr, im Volksgarten, Windmühlenstraße.

Groß-Berlin

11. Bezirk. Am Freitag, den 8. März 1929, findet im Lokal von Schünemann, Schöneberg, Sedanstr. 19, ein **Oeffentlicher Diskussionsabend** statt.

Thema: Die Erwerbslosigkeit und ihre Ueberwindung. Genossen, sorgt für zahlreichen Besuch.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: F. Rother, Berlin O 18
Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Iszdonat, Berlin O 18

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

März 1929 (Revolutionäre Betriebs-Organisationen) Für Erwerbslose 5 Pfennig

Jahrgang 10 Nr. 10 Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13 Preis 15 Pfennig

Int. Sociale Geschiedenis Amsterdam

AAU. und KAP.

(Beitrag zur Reichskonferenz-Diskussion.)

I.

Die organisatorische Grundsteinlegung der Allgemeinen Arbeiter-Union fiel in jene nachkriegsmäßige Klassenkampfphase, die den vorwärtsdrängenden Proletariern eine revolutionäre Zusammenfassung ihrer Kräfte als eherne Frage des Tages aufzwang. Das bedeutet nicht, daß die historische Existenzberechtigung der AAU. erst vor zehn Jahren durch den offenen Zusammenstoß der Klassen gegeben wurde. Bereits vor dem Kriege zeigten sich mehr und mehr die Schranken, die den Gewerkschaften durch die fortschreitende kapitalistische Konzentration der Produktionsmittel erwuchsen. Schon allein diese produktionstechnische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft schuf die objektive Voraussetzung, daß die gewerkschaftliche Zersplitterung des Proletariats in Berufskasten überwunden werden muß durch die höhere Form der Klassenorganisation. Ebenso war schon vor dem Kriege die Gewerkschaftsorganisation so deutlich zum Instrument einer Führerpolitik umgewandelt, daß jeder ernste Versuch der Mitgliedermasse zur Durchsetzung ihres politischen Willens nur noch möglich war im offenen Konflikt mit der gewerkschaftlichen Bürokratie.

Die konservative Ausstrahlung der Gewerkschaftstraktion auf die Arbeiterhirne verhinderte, daß der Gedanke einer moderneren Organisationsform im gleichen Schritt mit der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung Wurzeln im Proletariat schlagen konnte. Aber der chauvinistische Kurs der Gewerkschaftsinstanzen im Kriege erschütterte gewaltig die Macht der gewerkschaftlichen Tradition und der Orkan des imperialistischen Zusammenbruches fegte im Proletariat die letzten subjektiven Widerstände gegen eine revolutionäre Neuformierung hinweg. Die Organisation der revolutionären Obleute in den Betrieben war ein erster Schritt auf dem Wege zur AAU., so unzulänglich es auch noch war. Als Kampfesmobilisation unter Ausschaltung der Gewerkschaftsbürokratie mußte dieser Schritt trotz aller politischen Halbheit das Vorspiel jener entscheidenden Handlung sein, wo die Erkenntnis von der Untauglichkeit der Gewerkschaften ihren praktischen Niederschlag in der Schaffung revolutionärer Betriebsorganisationen findet. Daß die organisatorische Geburtsstunde der AAU. mitten in revolutionäre Schlachten fiel, beweist, daß die AAU. von der zeitgeschichtlichen Entwicklung zur alleinigen Klassenorganisation des Proletariats in der sozialen Revolution bestimmt ist. Unter dem Eindruck revolutionärer Kampferfahrungen mußte das instinktive Tasten nach moderner Organisationsform sehr bald umschlagen in den bewußten Willen, den gewerkschaftsreformistischen Bollwerken des Kapitalismus die in den Betrieben verankerte unionistische Klassenfront des Kommunismus entgegenzustellen.

II.

Die Konstituierung der AAU als Einheit revolutionärer Betriebsorganisationen, d. h. als Klassenzusammenschluß des Proletariats, war nur möglich im schwersten Kampfe sogar gegen den linken Flügel der alten Arbeiterbewegung. Der Spartakusbund, der unter Führung Liebknecht-Luxemburgs als der Vortrupp der Revolution galt, offenbarte seine historische Schwäche, als er aus dem Zusammenbruch der reformistischen Organisationen die revolutionären Konsequenzen ziehen sollte. Er konnte trotz aller revolutionären Kritik und Propaganda keine positive Linie gegenüber der reformistischen Bewegung gewinnen und zerbrach deshalb an der konkreten Aufgabe, den proletarischen Klassenkampf auf eine revolutionäre Grundlage zu stellen. Damit war auch für den antigewerkschaftlich-antiparlamentarischen Flügel des Spartakusbundes die Notwendigkeit gegeben, sich in der KAPD. zur politischen Organisation zu konstituieren.

Mit der KAP. steht die AAU. seit neun Jahren in engster Kampfgemeinschaft, weil die allgemeine Linie des Kampfes beider Organisationen übereinstimmt. Die KAP. hat den Kampf der Union mit allen ideellen Kräften unterstützt, weil erstere selbst die Mobilisierung der Proletariermassen zur Klassenarmee als unbedingt notwendig für den Sieg des Kommunismus betrachtet. Die gemeinsame Auffassung über Ziel und Methode des modernen Klassenkampfes ist die Triebkraft zum gemeinsamen Kampfe der KAPD. und AAU. gegen den Kapitalismus und seine sozialdemokratisch-leninistischen Verteidiger der untauglichen parlamentarisch-gewerkschaftlichen Methoden. Die AAU. ging die Aktionsgemeinschaft mit der KAP. um so selbstverständlicher ein, da sie selbst für die Zusammenfassung der fortgeschrittensten Proletarier in einer politischen Partei ist, um die ideologische Entwicklung des revolutionären Vortrupps organisatorisch zu sichern. Deshalb hat die AAU. auch ohne Zaudern seinerzeit die „Parteiverneiner" abgestoßen, als sie unter der Flagge der „Einheitsorganisation" das Kampfbündnis mit der KAP. zerschlagen wollten. Denn die von der AAU. erstrebte Einheitsorganisation wächst organisch im Prozeß der gemeinwirtschaftlichen Vereinheitlichung von Produktion und Politik, weshalb jeder organisatorische Einheitsrummel zur Verschleierung der wirtschaftlichen und politischen Aufgaben des Proletariats im Kampfe um den Sturz des Kapitalismus führen muß.

III.

Trotzdem KAP. und AAU. auf derselben prinzipiellen Linie marschieren, können sie doch nicht die gleichen Aufgaben haben, da sonst ihre organisatorische Trennung geschichtlich unhaltbar wäre. Die objektiven und subjektiven Verhältnisse des Klassenkampfes bedingen eine Differenzierung in den Aufgaben beider Organisationen, die sich in ihrer Praxis gegenseitig ergänzen müssen.

Die Rolle der KAP. besteht im wesentlichen darin, die letzten revolutionären Konsequenzen aus jeder Situation aufzuzeigen und unablässig das politische Bewußtsein in den eigenen Reihen zu heben. Die KAP. muß ständig den reinsten Ausdruck der Erfahrungen des Klassenkampfes widerspiegeln, damit sie ein ideologisches Zentrum der proletarischen Revolution darstellt. Ihr Kampf um die proletarische Diktatur muß lebendisch sein mit dem praktischen Versuch, diese Diktatur der revolutionären Räte durch die AAU. in der Arbeiterklasse zu verankern, um so die Revolution an der Klippe einer Parteidiktatur vorbeizusteuern. Daraus ergibt sich für die KAP., im Vortrupp des Proletariats auch die Spezialisten heranzubilden, die zur Ausübung der Rätediktatur notwendig sind. Daß die KAP.-Genossen außerdem verpflichtet sind, die Proletarier der AAU politisch zu schulen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Die AAU. hat in erster Linie die Aufgabe, das Proletariat als Klasse zum Kampf um den Sozialismus zu organisieren. Da die AAU. keine Partei darstellt, sondern zur proletarischen Klassenorganisation bestimmt ist, muß ihre Taktik einzig und allein darauf hinzielen, den Uebergang vom reformistischen Teilkampf gegen Auswüchse des Kapitalismus zu revolutionären Massenaktionen gegen das kapitalistische System herzustellen. Damit ist für die AAU. die Notwendigkeit gegeben, an die täglichen Konflikte zwischen Kapital und Arbeit anzuknüpfen, um die Arbeitskämpfe durch revolutionäre Methoden zu Massenkämpfen gegen den Kapitalismus vorwärts zu treiben. Die AAU. muß infolge ihrer breiteren Basis im Proletariat mehr als die KAP. der Hebel sein, der mit Hilfe der Aktionsausschüsse den Widerstand der proletarischen Massen gegen den wachsenden Druck der Ausbeutung entfacht und ihn zum Klassenangriff gegen die wirtschaftliche und politische Macht der Bourgeoisie entwickelt. Die Mission der AAU. erfüllen, heißt die Klassenfront des proletarischen Massenkampfes gegen den Kapitalismus errichten, um so mit der Aufhebung des Gegensatzes zwischen Führer und Masse das Fundament für die revolutionäre Räteorganisation zu legen.

IV.

Das politische Kampfbündnis zwischen KAP. und AAU. muß jedoch jeden praktischen Wert verlieren, wenn es sich in eine organisatorische Fessel verwandelt. Dieser Fall tritt bereits dann ein, wenn in der Aktionsgemeinschaft grundverschiedene Auffassungen über die Rolle beider Organisationen auftreten. Die KAP.-Genossen haben natürlich das Recht, als „Zwangsmitglieder" der AAU. im Rahmen der Union deren politische wie organisatorische Entscheidungen mit den gegebenen demokratischen Mitteln in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die KAP. hat aber nie und nimmer das „Recht", als Organi-

Arbeiterwohlfahrts-Rummel

Die bestehende Profitwirtschaft versucht stets, die mörderische Wirkung ihrer Ausbeutung durch „soziale" Institutionen zu verschleiern. Zu diesem Zweck war vom 24. 2. bis 3. 3. 29 eine „Reichs-Unfallverhütungs-Woche". Auch die Gewerkschaften waren dabei; sind sie doch stets dem Kapital hilfsbereit, wenn es gilt, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Durch Flugblätter, öffentliche Vorträge und Vorführungen wurde mit untauglichen Mitteln der Versuch gemacht, Unfällen „vorzubeugen". Die wirklichen Ursachen der Unfälle verschweigen die heutigen Machthaber — müßten sie ja sonst ihre eigene Schande offenbaren.

Jeder Arbeiter möge einmal ruhig bedenken, was es heißt, wenn im Jahre 1927 24 000 Menschen — das sind täglich 64 — durch Unfall getötet wurden (die meisten standen auf der Höhe ihrer Leistungskraft). Ueber 99 Prozent davon sind selbstverständlich Arbeiter, die bei der Ausübung ihres Berufes den Tod fanden. Hier zeigt sich das wahre Wesen des Kapitalismus. **Täglich 64 Leiber von seinen Arbeitssklaven fordert der kapitalistische Moloch für seinen gefräßigen Rachen.** Was nützen da dem Proletarier die „gleichen Rechte" vor dem Gesetz? — einen Dreck. Er bringt nicht nur alle materiellen Opfer, indem er nur für die besitzende Klasse Werte schafft, sondern auch die Opfer an Leib und Leben. Diese Tatsachen können auch nicht die raffinierten Propagandamittel der „Reichs-Unfallverhütungs-Woche" verhüllen.

Die Presse sowie die Behörden verschweigen wohlweislich die Ursachen der ungeheuerlichen Unfälle der letzten Jahre. Auf demagogische Weise stellen sie die Dinge so hin, als ob die Leichtfertigkeit der Arbeiter, sowie die Mißachtung von Schutzvorrichtungen häufig die Ursache der Unfälle wäre. Jeder weiß aber aus eigener Erfahrung, was die tatsächlichen Ursachen der Unfälle sind. **Die Zeit, die auf Sekunden festgesetzt ist; der Akkordpreis, der auf das raffinierteste mit der Stoppuhr bemessen ist; das laufende Band, das oft unsichtbar antreibt; der ständige Gedanke, sein Pensum zu schaffen und das wahnsinnige Tempo der kapitalistischen Ausbeutung, das sind die wirklichen Ursachen, die den Arbeiter zu Fehlgriffen und Unfällen führen.** Diese Ursachen abstellen, hieße der heutigen Produktionsweise ein anderes Gepräge geben, hieße die Jagd nach dem Profit beseitigen. Hierzu bedarf es jedoch der revolutionären Umwälzung der bestehenden Gesellschaft und den Aufbau einer kommunistischen Wirtschaft, die nicht um des Profits willen, sondern um den Bedarf der Menschen zu befriedigen, produziert. Ohne diese geschichtliche und elementare Voraussetzung bleibt jede Unfallverhütung ein elendes Flickwerk, das nie den Herd der Ursachen beseitigt, sondern nur mit untauglichen Mitteln zu lindern sucht.

Um der Arbeiterklasse ein soziales Empfinden vorzutäuschen, hat der bestehende Staat ein „Arbeiterwohlfahrts"-Museum errichtet, welches sich in Charlottenburg befindet. Man sieht dort, wie gesunde Arbeits- und Waschräume aussehen, wie gesunde Wohnungen gebaut sind, wie Krankheiten wirken und verhütet werden müßten, wie großartig Schutzvorrichtungen Unfälle verhindern können und den „Segen" der sozialen Gesetzgebung bildlich dargestellt. Alles ist jedoch nur Entwurf, Zeichnung, Atrappe, Modell. Denn diese Werkzeuge, die in der Ausstellung demonstrieren, wie Schutzvorrichtungen wirken, finden wir nur allein in der Ausstellung, doch in den tatsächlichen Produktionsstätten nirgends. Da fehlt es nämlich auffallend an allen sozialen Maßregeln und keine „Wohlfahrt" des Kapitalismus beseitigt die Mißstände.

Die „Weisheit" der kapitalistischen Institutionen kann uns Proletariern nie helfen, denn sie bezweckt nur Einschläferung unseres selbstbewußten Denkens. Wie gute Wohnungen aussehen, wissen wir allein; auch wissen wir allein am besten, was im Betrieb zu Unfällen führt und geändert werden müßte zur Verhütung von Unfällen. Dieses wissen wir alles als Arbeiter am besten. Was jedoch die Arbeiter noch nicht wissen und was wir sie unermüdlich in ihre Hirne einh